



Initiative für Transparenz und Demokratie

LobbyControl · Wilhelm-Mauser-Str. 45 · 50827 Köln

Tel.: 0221/ 169 65 07
Mail: u.mueller@lobbycontrol.de
Web: www.lobbycontrol.de

Finanzminister Herr Steinbrück
Bundesfinanzministerium

11016 Berlin

Köln, 30. Januar 2006

Offener Brief: Keine privilegierte Stellung für die Stiftung Marktwirtschaft bei der Unternehmenssteuerreform

Sehr geehrter Herr Steinbrück,

in Ihrer Rede vor der IHK Frankfurt am Main am 10. Januar haben Sie den großen Druck und Einfluss der Lobbyisten kritisiert. Wir begrüßen diese kritische Perspektive und Ihre Aussage, dass die Politik "ein robustes Immunsystem entwickeln muss gegen die Attacken organisierter Einzelinteressen". LobbyControl ist eine Ende 2005 gegründete gemeinnützige Organisation, die sich auf deutscher und europäischer Ebene für Transparenz und die Einhaltung ethischer Standards in der Lobbyarbeit einsetzt. Die Organisation will über gesellschaftliche Machtstrukturen aufklären und einseitige Einflussnahme auf Politik und Öffentlichkeit eindämmen. Für uns gehören zu einem robusten Immunsystem auch gesetzliche Regeln wie Karenzzeiten für ehemalige Politiker und hochrangige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Ministerien sowie ein verpflichtendes Lobbyistenregister – aber das nur nebenbei bemerkt.

Der eigentliche Anlass dieses offenen Briefes ist die Befürchtung, dass Ihre lobbykritischen Ausführungen auf einem zu engen Lobby-Verständnis beruhen. Lobbyismus findet nicht nur dort statt, wo Interessenvertreter Forderungen an die Haushaltspolitik stellen und auf finanzielle Unterstützung durch den Staat dringen. Es gibt viele Organisationen und Initiativen, die Politik in die andere Richtung drängen wollen: in den Rückzug des Staates und den Ausbau des Marktes. Lobbyismus findet zudem nicht nur in Form von Drohungen oder massivem Druck statt. Zum Lobbyismus im weiteren Sinne gehören auch die Beeinflussung öffentlicher Diskurse durch PR-Kampagnen oder die Entwicklung politischer Konzepte durch Denkfabriken.

In Ihrer Rede sagen Sie, Sie hätten nichts gegen seriösen Lobbyismus als Teil der politischen Entscheidungsfindung. Interessenvertretung ist Teil unserer Demokratie. Dennoch ist die Politik gefordert, nicht einzelnen finanzstarken Interessengruppen einen privilegierten Zugang zur Entscheidungsfindung zu gewähren, auch wenn diese verstehen, betont seriös aufzutreten. Deshalb erscheint es

Bankverbindung
Konto: 8046200
BLZ: 37020500
Bank für Sozialwirtschaft, Köln

uns problematisch, dass Sie bei der Erarbeitung der BMF-Vorschläge zur Unternehmenssteuerreform explizit die Stiftung Marktwirtschaft zum zweiten Bezugspunkt neben dem Sachverständigenrat machen.

Die Stiftung Marktwirtschaft betont zwar die parteipolitische Unabhängigkeit der Kommission Steuergesetzbuch und den Fokus auf die Steuersystematik. Die konkreten Steuersätze sollen der Politik überlassen werden. Gerade bei der Unternehmenssteuerreform weicht die Kommission jedoch von diesem Ansatz ab und hat eine Senkung der Unternehmenssteuer auf 25 Prozent vorgeschlagen. Die Kommission geht von der These aus, Deutschland sei ein Hochsteuerland und die Reform müsste auf das Ziel der "Wettbewerbsfähigkeit" ausgerichtet sein – damit ist bereits eine marktliberale Perspektive vorgezeichnet. Die Grundthese der notwendigen Steuersenkung wird nicht hinterfragt. In der Kommission und der Arbeitsgruppe zur Unternehmenssteuerreform sind zudem zahlreiche Vertreter von großen Unternehmen oder Steuerkanzleien beteiligt.

Die Stiftung Marktwirtschaft insgesamt ist keine klassische Interessenorganisation, aber ein "parteiische Denkfabrik", die ein klar marktliberales politisches Programm verfolgt. Sie darf deshalb keine privilegierte Stellung bei der Erarbeitung von Regierungskonzepten erhalten. Auch hier ist das von Ihnen benannte Immunsystem der Politik gegenüber Einflussversuchen gefragt. Statt einer Festlegung auf zwei Bezugspunkte bei der Erarbeitung der BMF-Konzeption ist ein offener Diskussionsprozess notwendig, bei dem die Stimmen verschiedener wirtschaftspolitischer Positionen gleichermaßen zu Wort kommen.

Da die Sicherung der Politik vor einseitiger Einflussnahme nie der Politik selbst überlassen werden kann, sondern immer eine Transparenz nach außen und kritische Beobachtung durch die Öffentlichkeit erfordert, bitten wir Sie, konkret zu benennen, in welcher Form und welchem Umfang eine Zusammenarbeit mit der Stiftung Marktwirtschaft stattgefunden hat oder für die Zukunft geplant ist:

- 1) Welche Kooperation gab es bislang zwischen dem Bundesfinanzministerium und der Stiftung Marktwirtschaft im Zusammenhang mit der Unternehmenssteuerreform?
- 2) Welche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Ihres Hauses sind an der Kommission Steuergesetzbuch beteiligt? Stimmt beispielsweise die Behauptung der Süddeutschen Zeitung vom 31.12.2004, dass Ministerialdirigent Gert Müller-Gatermann in der Kommission mitgearbeitet hat?
- 3) Welche Beteiligung der Stiftung Marktwirtschaft an der Erarbeitung der Reformvorschläge des Bundesfinanzministeriums ist geplant? Werden dazu spezielle Treffen o.ä. stattfinden?
- 4) Welche anderen Perspektiven und Organisationen wollen Sie bei der Reform der Unternehmenssteuern einbinden? In welcher Form?
- 5) Wie schätzt das Bundesfinanzministerium die politischen und finanziellen Hintergründe der Kommission Steuergesetzbuch der Stiftung Marktwirtschaft ein?

Aus unserer Sicht ist die Finanzierung der Stiftung Marktwirtschaft intransparent. Die Stiftung bekommt Spenden von natürlichen und juristischen Personen. Der genaue Anteil der Wirtschaft an den Spenden ist unbekannt – aber vermutlich erheblich. Das deutet die Besetzung des Stiftungsrats und des Kuratoriums der Stiftung Marktwirtschaft und die Verbindungen ihrer Mitglieder zu Unternehmen wie Altana, der Haniel Gruppe, der Deutschen Bank oder Privatbanken an. Die Stiftung sagt lediglich, es gäbe keinen Großspender und kein Übergewicht bestimmter Wirtschaftsbranchen oder Firmengrößen. Gerade wenn es um einen Vorschlag zur Unternehmenssteuerreform geht, ist jedoch mehr Transparenz über die Finanzquellen der Stiftung dringend nötig.

Wir freuen uns auf Ihre Antworten und wünschen Ihnen viel Erfolg bei der Stärkung des Immunsystems Ihres Ministeriums gegen die "Attacken organisierter Einzelinteressen".

Mit freundlichen Grüßen,

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Ulrich Müller'. The signature is written in a cursive, flowing style.

Ulrich Müller
für den Vorstand von LobbyControl